

wird daher sehr positiv bewertet, da die Palästinensischen Gebiete einer der Hauptnutznießer europäischer Hilfsgelder sind (vgl. hierzu das MED-ENEC¹³ und das EUROMED-Programm¹⁴). Die deutsche Energiewende spielt hierbei in der innerpalästinensischen Diskussion allerdings kaum eine Rolle. Da die Palästi-

13 | Energy Efficiency in the Construction Sector in the Mediterranean (MED-ENEC), <http://med-enec.com> [28.07.2014].

14 | Euro-Mediterranean Partnership (EUROMED), <http://eeas.europa.eu/euromed> [28.07.2014].

nensische Autonomiebehörde bisher kein vollwertiges Mitglied der Vereinten Nationen ist, kam es zu keiner Mitgliedschaft in etwaigen internationalen Umweltinstitutionen. Im Zuge der aktuellen Fortschritte bei Mitgliedschaften in internationalen Organisationen und Institutionen, erhofft sich die EQA allerdings einen Beitritt zu der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen möglicherweise noch im Jahr 2014.¹⁵

15 | Fn. 3.

TUNESIEN

Hardy Ostry | Marie-Christine Roux

Am 26. Januar 2014 verabschiedete die verfassunggebende Versammlung Tunesiens eine neue Verfassung und verankerte so mit deren Artikel 45 das grundlegende Recht der tunesischen Bevölkerung auf „eine gesunde und ökologisch ausgewogene Umwelt, sowie das Recht auf Mitwirkung am Klimaschutz“. In einem weiteren Paragraphen verpflichtet sich der tunesische Staat dazu, „die zur Beseitigung der Umweltverschmutzung erforderlichen Mittel“ bereitzustellen.

Von einer fast einstimmigen Mehrheit unterstützt (144 Stimmen dafür, keine Gegenstimme und vier Enthaltungen) ist dieser Zusatzartikel das Zeichen, dass zumindest die Abgeordneten das „Bewusstsein der Notwendigkeit, einen Beitrag zu einem gesunden Klima und einer intakten Umwelt zu leisten, der die Nachhaltigkeit unserer natürlichen Ressourcen und künftigen Generationen ein sicheres Leben gewährleistet“, wie es in der Präambel steht, teilen. Für Hasna Marsit, tunesische Abgeordnete, die mit anderen diesen Artikel in der Versammlung vorstellte und verteidigte, erkennt die neue Verfassung damit an, dass Tunesien durch die Auswirkungen des Klimawandels besonders gefährdet sei. Die vorhergesehene Ausweitung der Saharawüste im Laufe des 21. Jahrhunderts könne die Existenz vieler Tunesier bedrohen, die meistens auf kleinen fruchtbaren Landstreifen am nördlichen Ende der Wüste leben, so Marsit.¹ Mit der neuen Verfassung tritt Tunesien dem bislang noch sehr limitierten Kreis der Länder bei (mit Tunesien

sind es nun drei),² die den Klimawandel in ihrem höchsten Rechtsdokument verankert haben und gilt daher nicht nur als Vorreiter für Nord-Afrika und den Nahen-Osten, sondern als Beispiel für die 194 übrigen Staaten, die diesen Schritt noch nicht vollzogen haben. Dieser neue Abschnitt in der tunesischen Geschichte bietet also die einzigartige Gelegenheit, ein breit angelegtes Verständnis für die Herausforderungen und Gefahren, die der Klimawandel auch für Tunesien darstellt, zu schaffen. Trotz dieser neuen Qualität, die dem Umweltschutz nunmehr quasi Verfassungsrang einräumt, sollte der tatsächliche Einfluss mit Blick auf die Maßnahmen, die daraus abgeleitet werden, nicht vorzeitig überschätzt werden.

Wie so oft bei derartig pionierartigen Unternehmungen gilt es, dem Verfassungstext noch Leben einzuhauchen, und zwar mit Blick auf die breite Sensibilisierung der Bevölkerung und die tatsächlichen politischen Entscheidungen. Im Vergleich zu Themen wie Sicherheit, Arbeitslosigkeit, Lebensmittelpreise, Voranschreiten des demokratischen Transitionsprozesses und neuen Wahlen kommen Fragen des Umweltschutzes oder des Klimawandels nur selten in der öffentlichen Diskussion zum Vorschein. Seit der Revolution liegen für die Bevölkerung und so auch für die Entscheidungsträger und Politiker die Prioritäten vielmehr bei der Bekämpfung der steigenden Lebensmittelpreise oder der Arbeitslosigkeitsrate als bei der Klimaerwärmung. Obwohl die Konsequenzen des Klimawandels schwere Auswirkungen für die tunesische Wirtschaft³ zeitigen werden, einige Stimmen den Klimawandel als einen

1 | Climate Parliament, „Our MPs introduce climate clause to Tunisian constitution – 26 Jan, 2014. Proposal from Climate Parliament MPs gains near unanimous support“, <http://climateparl.net/cp/386&langs=en> [28.07.2014].

2 | Die zwei anderen Länder sind Ecuador (seit 2008) und die Dominikanische Republik (seit 2010).

3 | Landwirtschaft und Tourismus, die zwei Sektoren, auf denen die tunesische Wirtschaft ruht, sind am meisten gefährdet.

der Auslöser der Revolution bezeichnen und zudem eine klimaschutzorientierte Politik wiederum positive Nachwirkungen haben kann, bleibt die Frage des Klimawandels weit von den Prioritäten der Mehrheit entfernt. Mit Ausnahme einzelner Ereignisse oder Kampagnen, die die Sensibilität der Öffentlichkeit berührt, wie zum Beispiel die Versandung des Star-Wars-Filmsets in Onk Jmel, kommen Fragen zum Klimawandel in den Medien oder in den Aussagen der Entscheidungsträger nur selten vor. Die seit der Revolution erheblich verschlechterte Situation der Abfallversorgung ist ebenfalls ein gutes Beispiel für die derzeitige allgemeine Wahrnehmung von Umwelt- und Klimafragen in Tunesien. Von dem Ästhetischen oder Unangenehmen abgesehen, können die Müllberge, die über das ganze Land verstreut sind und zudem Schadstoffe enthalten, schwere Nachwirkungen auf Gesundheit und Umwelt haben, besonders auf die Wasserqualität. Erst nach drei Jahren und vermutlich vorrangig aufgrund der Tatsache, dass diese Situation die Tunesier direkt trifft, wurde letzten März eine nationale Säuberungs- und Sensibilisierungskampagne gestartet. Diese Kampagne dreht sich jedoch mehr um die Frage der Sauberkeit als um die des Klima- und Umweltschutzes.

Mit Blick auf den 5. Bericht des IPCC schlug der aktuelle Präsident Tunesiens Moncef Marzouki am 12. Mai 2014 anlässlich des nationalen Tags der Landwirtschaft Alarm angesichts der allgemeinen Gleichgültigkeit gegenüber dem Klimawandel: „...es ist, als ob es ein Problem wäre, dass nur die entwickelten Länder oder zukünftigen Generationen trifft. Es handelt sich jedoch um ein Problem, das Eile gebietet.“ Er unterstrich ebenfalls die Notwendigkeit für Tunesien, sich vorzubereiten, „...um die Gefahren, die uns belauern, verhindern zu können“. Die nur geringe Aufmerksamkeit, die dem Klimawandel in Tunesien zur Zeit geschenkt wird, ist kein gutes Zeichen, nicht zuletzt, da das Ministerium für Umwelt in der Expertenregierung, die seit Ende Januar 2014 das Land führt, in das Ministerium für Landwirtschaft integriert wurde und de facto nicht mehr als solches existiert.

Trotz dieser Mängel in der Wahrnehmung oder der Förderung des Bewusstseins wurden seit der Revolution ermutigende Maßnahmen ergriffen und Projekte gestartet, teils in der Kontinuität der schon gestarteten Grünen Politik Ben Alis, teils neue Projekte, die den Kontext des Neuanfangs positiv ausnutzen konnten. In diesem Rahmen muss der Einsatz der GIZ und ihre Arbeit in diesem Bereich erwähnt werden, die seit mehreren Jahren Tunesien dabei unterstützt, eine nationale, antizipative und präventive Strategie zu entwickeln, um sich auf den Klimawandel vorzubereiten und dessen negative Konsequenzen zu reduzieren.

Wenn die Wahrnehmung des Klimawandels durch die tunesische Gesellschaft in den letzten Monaten schwer einzuschätzen ist, kann ein klarer politischer Wille mit Blick auf die Energiepolitik und Energiesicherheit festgestellt werden. Die Energiecharakteristiken Tunesiens und das weithin geteilte Bewusstsein, dass die traditionellen Ressourcen unvermeidlich zur Neige gehen, führten schon unter Ben Ali zu Maßnahmen, die den Ausbau der erneuerbaren Energien und einer energieeffizienten Politik förderten, unter anderem auch durch das Einführen eines institutionell und gesetzlich begünstigenden Rahmens.⁴ Die Idee, dass eine bewusste und energieeffiziente Politik, die sowohl den zukünftigen Energiebedarf Tunesiens sichern kann, als auch ein Mittel ist, den Klimawandel einzugrenzen, scheint seit mehreren Jahren klar zu sein und die politischen Entscheidungen in diesem Bereich zu orientieren.⁵

Beispiel dieser politischen Entscheidungslinie ist die Energiewendepartnerschaft, die Deutschland und Tunesien 2012 verabschiedet haben. Mit Hilfe der deutschen Erfahrung und inspiriert von der deutschen Energiewende soll Tunesiens Energieproduktion in 2030 bis auf 30 Prozent auf erneuerbaren Energien ruhen und seine Treibhausgasemissionen bis zu 40 Prozent reduzieren. Tunesien orientiert sich also in Richtung einer neuen Energiepolitik, die das deutsche Beispiel nicht nur im Auge behält, sondern sich von ihm stark inspirieren lassen will. In diesem Kontext wurde im November 2013 eine landesweite Energie-debatte gestartet, die zur Entwicklung einer neuen und integrativen Strategie führen sollte und auch als Aufklärungskampagne für die Bevölkerung dient, um die Beziehung zwischen Energiesicherheit, Politik und Klimawandel zu erläutern. Die europäische Klima- und Energiepolitik wird dabei natürlich auch unter wirtschaftlichen Aspekten gesehen. Aufgrund des Potenzials an Solarenergie strebt Tunesien an, eine zentrale Rolle in der Versorgung Europas mit erneuerbaren Energien zu spielen. Tunesien hat daher an mehreren Projekten Teil, auch im Rahmen der Union für das Mittelmeer, die sowohl den Ausbau der erneuerbaren Energien fördern und zukünftige Energiepartner-

4 | Eine nähere Analyse zeigt jedoch, dass es trotz des gesetzlichen Rahmens unter anderem an globaler Kohärenz, mit Blick auf andere Bereichen wie Wasser, Infrastrukturen und Urbanismus, mangelt, wie aus dem Landesbericht für Tunesien des Transformationsindex BTI 2014 der Bertelsmann Stiftung zu entnehmen ist.

5 | Mit Blick auf die Performance wurde Tunesien auf Platz 52 im „2014 Environmental Performance Index“ positioniert. The Yale Center for Environmental Law & Policy und Center for International Earth Science Information Network, „2014 Environmental Performance Index. Country Profile Tunisia“, Columbia University, <http://epi.yale.edu/epi/country-profile/tunisia> [28.07.2014].

schaften bilden soll. Eine neue umweltfreundliche Energiepolitik zu entwickeln, braucht die Unterstützung der „entwickelten“ Länder; zumindest ist dies die Position, die Tunesien während der letzten Umweltkonferenz in Warschau im November 2013 einnahm. „Es wird dringend, dass die entwickelten Länder ihr Versprechen halten“, und den Entwicklungsländern, unter anderem durch Subventionen bei der Energietransition helfen, so Mohamed Salmen, ehemaliger Minister für Infrastrukturen und Umwelt. Eine eher

traditionelle Haltung vertretend, erinnerte Salmen an die Verabschiedungen in Durban: Die Verantwortung müsse geteilt, aber differenziert sein, mit besonderem Blick auf die Entwicklung der ärmeren Länder. Tunesien habe immer willentlich an den internationalen Bemühungen teilgenommen, um gegen die Klimaerwärmung zu kämpfen, trotz der politischen Herausforderungen und Tunesiens geringer Mittel, so Salmen. Der weitere Weg dürfe jedoch die wirtschaftliche Entwicklung des Landes nicht behindern, fügte er hinzu.

TÜRKEI

Nihat Karagöz | Colin Dürkop

TÜRKEI: ZIELKONFLIKTE ZWISCHEN ENERGIE-, KLIMA- UND WACHSTUMSZIELEN

Energiepolitik und -sicherheit

Aus staatlicher Sicht: Der türkische Energiesektor steht bisher auf drei Säulen (Erdgas, Braunkohle und Wasserkraft). Künftig sollen verstärkt erneuerbare Ressourcen sowie Atomkraft eingesetzt werden. Laut Ministerium für Energie und Naturre Ressourcen (ETKB) sollen möglichst eigene natürliche Ressourcen zur Energiegewinnung genutzt werden, um die Abhängigkeit vom Ausland zu reduzieren. Prioritäres Ziel sei, die Türkei als führende Regionalmacht aus eigenen natürlichen Ressourcen mit Energie zu versorgen. Die Türkei ist reich an erneuerbaren Ressourcen und will die Energiegewinnung aus erneuerbaren Ressourcen weiter vorantreiben. Um Energie aus Wasser-, Wind-, Sonnen- und Geothermalkraft zu gewinnen, habe die Regierung die nötigen rechtlichen Grundlagen geschaffen und bürokratische Hindernisse beseitigt. Die Energiegewinnung aus Wasser- und Windkraft hat in der letzten Dekade erhebliche Zuwächse. Die Energiepolitik möchte die geostrategische Lage der Türkei wirksam nutzen, um das Land zu einer Drehscheibe bzw. einem Korridor für Energierohstoffe zu machen.

Das Strategische Forschungszentrum des Außenministeriums (SAM) sieht die Türkei als einen Korridor für Energierohstoffe aus dem Kaukasus, Nahen Osten sowie Zentralasien in Richtung Europa.¹ Außenpolitische Strategie sei es, durch eine Verstärkung der

Interdependenz zwischen Staaten Stabilität zu ermöglichen. Die Türkei sei die geografisch „sicherste Route“ für den Transport von Energierohstoffen von Ost nach West und von Nord nach Süd. Dieser Sachverhalt könnte daher dabei helfen, Energiesicherheit zu gewährleisten sowie Frieden und Stabilität in rohstoffreichen Ländern zu schaffen.

Aus öffentlicher Sicht: Der öffentliche Diskurs über die Energiepolitik der Türkei betont den durch das Wirtschaftswachstum bedingten „Energiehunger“. Beachtung findet das staatliche Ziel, das Wirtschaftswachstum zu fördern und dabei unabhängiger von ausländischen Energiequellen zu werden. Im Jahr 2002 wurde der nationale Energiebedarf zu 69 Prozent aus ausländischen Quellen gespeist, 2010 zu 73 Prozent. Die Regierung war also nur teilweise erfolgreich in der Umsetzung ihres oben genannten Ziels. Einen wirtschaftlichen Aufschwung hat es aber dennoch gegeben. Die Türkei ist zu 98 Prozent von ausländischem Erdgas und zu 92 Prozent von ausländischem Erdöl abhängig. Die Regierung möchte das Land unabhängiger von Erdgas machen, indem sie Energie aus Braunkohle und Atomkraft erzeugt. Die Atomkraft stößt mit Blick auf die potenzielle Gefahr einer Umweltkatastrophe auf Kritik. So schreibt Necdet Pamir beispielsweise, dass die Türkei einen radikalen Paradigmenwechsel in ihrer Energiepolitik benötige.² Das Land habe mehr als genug indigene Energiequellen, insbesondere erneuerbare Ressourcen. Die Atomkraft sei risikoreich und damit nicht umweltfreundlich.

1 | Vgl. Murat Yesiltaş und Ali Balci, „A Dictionary of Turkish Foreign Policy in the AK Party Era: A Conceptual Map“, *SAM Papers*, 07/2013, Ankara.

2 | Vgl. Necdet Pamir, „Turkey: Going Nuclear or What?“, *Reflections Turkey*, 03/2012, Istanbul.